

Antrag zur BDK 2010 in Freiburg (Breisgau)
Humanitäres Aufnahme- / Asylprogramm Afghanistan

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung auf, vor einem Abzug der Bundeswehr

1. ein Aufnahme- / Asylprogramm in Afghanistan bzw. im Norden des Landes durchzuführen, welches insbesondere den durch einen Machtwechsel in Folge des Militärabzuges bedrohten Menschen gilt (Übersetzer, Lehrerinnen usw.),
2. auch die Menschen aufzunehmen, welche nicht mehr in diesem Land leben können oder möchten, wenn das Militär abzieht und die Macht neu verteilt wird,
3. die weiteren am Einsatz in Afghanistan beteiligten Staaten von ähnlichen Maßnahmen zu überzeugen.

Begründung:

Der Westen wollte Demokratie, Menschen- und insbesondere Frauenrechte mittels Militär nach Afghanistan bringen, obwohl das Britische Empire und die Sowjetunion dort schon militärisch unterlagen. Jetzt bleibt uns nur, diese humanitären Errungenschaften in unseren Heimatländern anzubieten für diejenigen Menschen -besonders in Afghanistan-, welche dies wünschen. Erst danach sollte der militärische Rückzug erfolgen. Ansonsten werden wieder viele Enttäuschte vor der US-Botschaft stehen, diesmal in Kabul, wenn der letzte Hubschrauber abhebt und das Land rückerobert wird. Unser Vorschlag des zahlreichen Asyls ist aufwendig, unbequem und so teuer wie der Krieg, im Gegensatz zu diesem aber friedlich, menschlich und zukunftsfähig.

Die Debatte "Krieg mit Opfern vs. Abzug unter Aufgabe der Menschenrechte" ist eindimensional, es gibt immer mindestens eine humanitäre Alternative. Und diese fordern wir bevor der letzte Hubschrauber in Richtung Heimat gestartet ist.

Stellungnahme des Autors:

Ich war, wie andere auch, schon 2001 gegen diesen Krieg, habe Strafanzeige gegen den Bundeskanzler und den Bundesverteidigungsminister gestellt gemäß §80 StGB (Vorbereitung eines Angriffskrieges). Nachdem die -je nach Sichtweise- militärische Besetzung oder Befreiung vollzogen war, habe ich mich der Logik angeschlossen, Verantwortung zu übernehmen für die neue, sich hoffentlich ergebende Demokratie, für die Menschenrechte und insbesondere die Rechte der Frauen und Mädchen.

Das Ende des Militäreinsatzes in Afghanistan ist absehbar. Früher oder später wird das Militär abgezogen werden. Nach den zahlreichen zivilen und militärischen Opfern und aufgrund des von uns zwar eingeforderten, aber nicht vorhandenen Strategiewechsels bin ich überzeugt, dass wir, also "der Westen", diejenigen Menschen aufnehmen sollten, die sich Demokratie, Menschenrechte und insbesondere die Rechte der Frauen und Kinder wünschen. Auch zu solch einem Aufnahmeprogramm haben wir uns mit dem Truppeneinmarsch meiner Ansicht nach moralisch verpflichtet. Erst danach sollte der militärische Abzug beginnen, auch, weil dieser Krieg nicht zu gewinnen ist.

Vielleicht hinkt der Vergleich, aber: Die ehemalige DDR hat der Westen auch nicht mit Panzern erobert. Vielmehr haben wir die sogenannten Dissidenten aufgenommen und die im Staat verbliebenen Menschen haben dann das unliebsame Regime von Innen heraus abgesetzt und den Staat verändert. Daher setze ich mich für die Durchführung eines umfangreichen Aufnahme-/Asylprogrammes in Afghanistan und für einen daran anschließenden militärischen Abzug innerhalb der laufenden Legislaturperiode des Bundestages ein.
Autor: Philipp Schmagold, KV Werra-Meißner (Hessen)

Weitere Unterstützerinnen und Unterstützer des Antrages

Herbert Julius Schlosser, KV Gießen

Ralf Henze, KV Odenwald-Kraichgau

Cathrin Ramelow, KV Berlin Steglitz-Zehlendorf

Simon Lissner, Mitglied des Kreisvorstandes Limburg-Weilburg

Sonja Rothweiler, KV Karlsruhe-Land

Peter Kallusek, Sprecher KV Südliche Weinstraße

Jörg Rupp, KV Karlsruhe

Matthias Roemer-Peters, KV Zollernalb

Martin Pueschel, KV Kleve

Ruth Birkle, KV Karlsruhe-Land

Maik Babenhauserheide, KV Herford

Markus Mezger, KV Hochtaunus

Karen Haltaufderheide, KV KV Ennepe-Ruhr

Claudia Nobel, SV Oldenburg

Andrea Schwarz, KV Karlsruhe Land

Muhammed Yilmaz KV Karlsruhe Land

Harald Vieth, KV Hamburg-Eimsbüttel

Dietmar Beckmann, KV Duisburg

Robert Zion, KV Gelsenkirchen

Peter Alberts, KV Münster

Dagmar Kaufmann, KV Südliche Weinstraße

Peter Meiwald, KV Ammerland

Karl-W. Koch, KV Vulkaneifel

Helene Klein, KV Aachen

Dr. Ansgar Klein, KV Aachen

Inge Ganter, KV Karlsruhe-Land

Kai Lenzian, KV Hannover